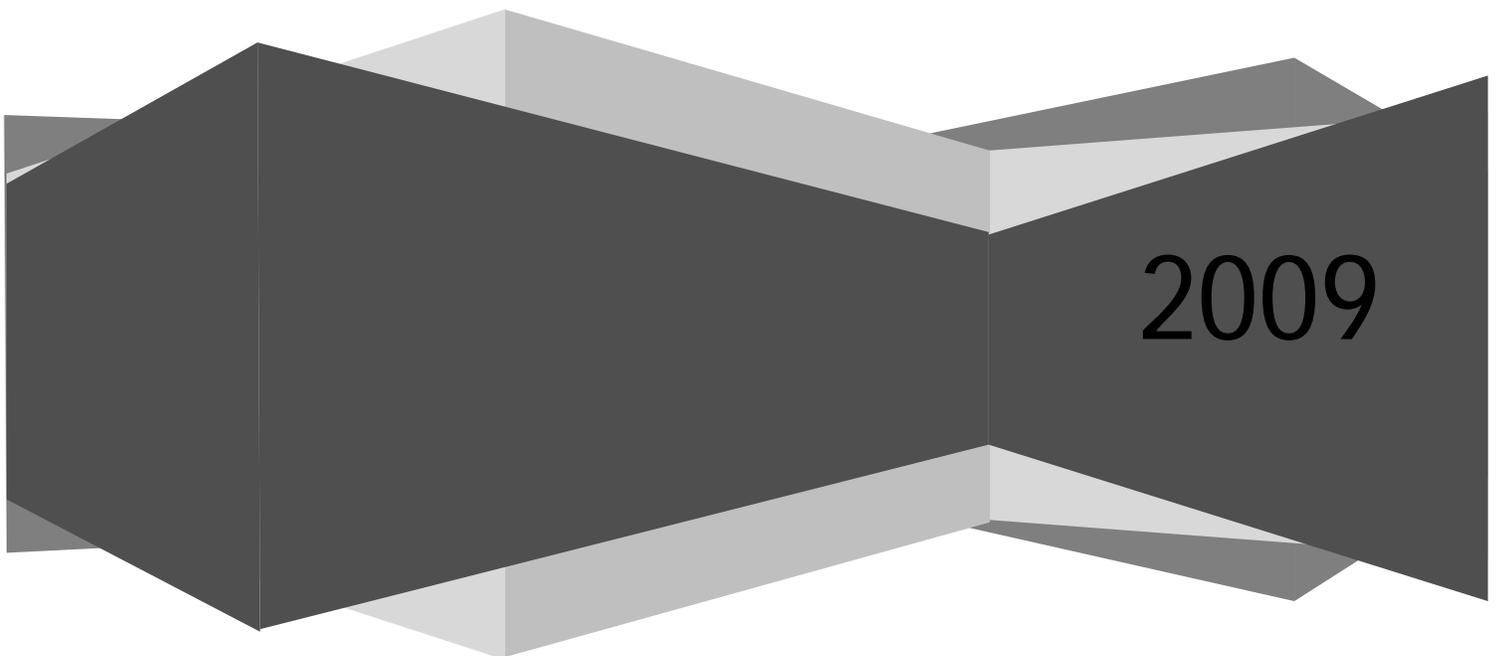


Konrad-Adenauer-Stiftung, Washington, DC

Die Finanzkrise

Barack Obamas erste Herausforderung im
Amt

Charlotte Junius



Die Weltwirtschaft ist immer wieder von Krisen erschüttert worden. Jüngste Beispiele in der Geschichte sind die US-Sparkassenkrise in den 80er Jahren, die Lateinamerikakrise in den 70er und 80er Jahren, die japanische Bankenkrise in den 90er Jahren, die Asienkrise im Jahre 1997 und 1998 und die Russlandkrise der Jahre 1998 und 1999. Keine dieser Krisen kann mit der heutigen US-Finanzkrise verglichen werden; ihr rasantes Tempo, ihr Umfang und ihre globale Auswirkung sind beispiellos und stellen eine bisher nie dagewesene weltweite Herausforderung für die Regierungen der Wirtschaftsnationen dar.

Entstehung der Krise

Einem Bericht der *BBC News* vom Januar 2001 zufolge begann der jüngste Wirtschaftsaufschwung in den Vereinigten Staaten im Jahr 1992, kurz nachdem Bill Clinton das Amt des Präsidenten übernommen hatte. Am Ende seiner Amtszeit hatten die USA ein Bruttonationalprodukt von 10 Billionen Dollar erzielt – ein Viertel der gesamten Weltwirtschaftsleistung. Während der acht Jahre seiner Präsidentschaft hatte es Bill Clinton geschafft, die Arbeitslosenrate auf 4 % zu halbieren. Die Wirtschaft schuf 15 Millionen Arbeitsplätze und der boomende Aktienmarkt wuchs auf das dreifache an.¹

Aufgrund des gleichzeitig wachsenden Wohlstands der Bevölkerung folgte im Jahre 2000 auch der Immobilienmarkt dem Wachstumstrend. Zahlreiche Amerikaner konnten sich Eigenheime durch Darlehen mit niedrigem Zinssatz ohne Eigenkapitaleinsatz finanzieren. Die Banken gewährten Amerikanern zinsflexible Kredite auch dann, wenn diese nur eine geringe Bonität nachweisen konnten („Subprime mortgage“). An eine mögliche Zinserhöhung und ihre Konsequenzen dachte dabei niemand. Durch den Anstieg der Immobilienpreise auf dem schnell wachsenden Immobilienmarkt mussten die Eigenheimbesitzer zusätzlich weitere Kredite aufnehmen, um sich typische Konsumwünsche zu erfüllen, wie z.B. Studiengeld für ihre Kinder, neue Autos oder Verbesserungen am Eigenheim. Für eine Weile funktionierte dieser labile Kreislauf. Es gab besonders viele Arbeitsplätze in der Bauindustrie und auf dem Immobilienmarkt, und der Marktwert der Immobilien stieg weiter an. Die durch den Nachfragedruck verzerrten Immobilienpreise dienten als trügerische Sicherheit für die Banken und auch für die Schuldner, die im Falle einer Zahlungsunfähigkeit nach den Wertprognosen ihr Haus immer noch mit Gewinn hätten verkaufen können. Doch Anfang des Jahres 2006 änderte sich die Situation: aus dem „housing bust“ wurde ein „debt boom“.

Eine Studie des US-Think Tanks *Center for American Progress* hat schon früh beschrieben, welche Gefahren der Aufschwung auf dem Immobilienmarkt in sich birgt. Die steigenden Preise für Immobilien hätten dazu geführt, dass Familien ihre Vermögensbildung auf ihr Haus konzentrierten, auch dann noch, als sie weitere Kredite aufnahmen, um ihre Konsumwünsche zu befriedigen.² Die steigenden Immobilienpreise machten es einerseits für einkommensschwache Familien unmöglich, Hausbesitzer zu werden; andererseits mussten die einkommensstärkeren Hausbesitzer ihre Hypothekendarlehen wegen des variablen

¹ <http://news.bbc.co.uk/2/hi/business/1110165.stm>

² http://www.americanprogress.org/issues/2006/12/end_of_the_boom.html/issues/2006/12/pdf/housing_boom_report.pdf - page1

Zinssatzes immer häufiger nachfinanzieren. Im Ergebnis war ein Hausbesitzer wegen der Unberechenbarkeit steigender Zinssätze und für den Fall, dass die Immobilienpreise unerwartet sinken würden, existentiell gefährdeter.³

Diese sogenannte „Immobilienblase“ war offensichtlich der Auslöser für die weltweite Finanzkrise. Robert Shiller, Ökonom an der Yale University prophezeite schon im Jahr 2000 in seinem Buch „Irrational Exuberance“, dass es zu einer Krise auf dem Immobilienmarkt kommen würde. Er prognostizierte damals, dass die Immobilienpreise um 40% fallen und das Ende dieser Immobilienblase eine starke Rezession verursachen könnte.⁴

Da die Banken durch die Vergabe der zahlreichen Kredite mehr Kapital benötigten, verbrieften sie ihre Forderungen an andere Banken und Investoren („Asset Backed Securities“). Am 29. Juni 2006 wurde von der US-Notenbank (Federal Reserve) verkündet, dass die Leitzinsen aufgrund des hohen Inflationsrisikos auf 5,25 % angehoben werden müssten.⁵ Am 20. Juli erhöhte *Freddie Mac*, einer der größten Hypothekenfinanzierer, die Hypothekenzinsen auf 6,8 %, den höchsten Zinssatz seit 2002.⁶

Durch diese hohen Schuldzinsen konnten viele Schuldner, die an variabel verzinsliche Kredite vertraglich gebunden waren, ihre Immobilien nicht mehr länger finanzieren. Es folgten zahlreiche Zwangsversteigerungen und die Preise auf dem Immobilienmarkt brachen ein.⁷ Dadurch hatten auch Banken und andere Investoren keine sicheren Kreditforderungen mehr, da diese dramatisch an Wert verloren. Diese Kettenreaktion führte dazu, dass ein Großteil der verbrieften Forderungen abgeschrieben und Wertberichtigungen vorgenommen werden mussten. Da die Kreditgeber solche verbrieften Kredite in die ganze Welt verkauft hatten, war die Subprime-Krise nicht nur in Amerika, sondern in der gesamten globalen Finanzwelt spürbar.

Mit strukturierten Anlageformen, wie die forderungsbesicherten Wertpapiere „Collateralized Debt Obligation“ (CDO), „Asset Backed Securities“ (ABS) und „Mortgage Backed Securities“ (MBS) wurden die „faulen“ Kredite auf dem Kapitalmarkt refinanziert. Diese Verbriefung erfolgte über Zweckgesellschaften, sog. „Special Purpose Vehicles“ (SPVs), wie „Conduits“ oder „Structured Investment Vehicles“ (SIVs). Durch solche „Schattenbanken“ konnten die Banken Eigenkapital sparen und Gesetze zur Risikoüberwachung umgehen. Investoren, die diesen Zweckgesellschaften Kredit geben sollten, stützten sich bei der Risikobewertung auf Rating-Agenturen, die ihre Gütesiegel auf die nicht besicherten Wertpapiere abgaben. Im Vertrauen auf die gute Bonität ihrer Herkunft erhielten viele dieser Papiere überbewertete gute Ratings. Diese Gütesiegel stellten jedoch für die Investoren eine ausreichende Sicherheit dar. Viele Käufer hatten sich auch mit einer Ausfallrisikoversicherung („Credit Default

³ http://www.americanprogress.org/issues/2006/12/end_of_the_boom.html/issues/2006/12/pdf/housing_boom_report.pdf - page 28

⁴ <http://www.nytimes.com/2005/08/21/business/yourmoney/21real.html>

⁵ http://www.economist.com/agenda/displaystory.cfm?story_id=E1_STDRQRD

⁶ „30-Year Mortgage Rates Rise to 6.8%“, The Washington Post, 07/22/06, Associated Press

⁷ Nach Angaben vom 14. Januar diesen Jahres waren es 2,3 Millionen Hauseigentümer, denen die Zwangsvollstreckung drohte 2008, 81% mehr als im vorigen Jahr. Vgl. <http://www.google.com/hostednews/ap/article/ALeqM5iX9fLT0pmlsstkmyrFTbwDovc0QD95NC88O3>

Swaps“) zusätzlich abgesichert. Versicherungen, Banken und besonders Hedgefonds investierten in diese risikoreichen Wertpapiere, die letztendlich wertlos waren.⁸

Zweckgesellschaften sind so strukturiert, dass sie durch die Ausgabe von kurzfristigen, nicht börsennotierten Schuldverschreibungen („Asset Backed Commercial Papers“) den Kauf von langlaufenden Papieren refinanzieren. Diese von den Banken gegründeten Gesellschaften, stützen sich für den Fall, dass sie ihre ABCPs nicht mehr absetzen können, auf die Liquidität der Banken. Da so viele Hedgefonds schließen mussten, kam es auch zu einer Vertrauenskrise bei privaten und institutionellen Investoren, die sich in der Folge bei risikoreichen Anlagen zurückhielten. Dadurch, dass der Absatz der ABCPs nicht mehr funktionierte, entstand für die Banken ein dramatisches Liquiditätsproblem.

Von der Immobilienkrise zur Finanzkrise

Im November 2007 sah es immer schlechter für das Finanzinstitut *Merrill Lynch* aus. Anfang November fiel der Börsenwert auf 8%, der niedrigste Prozentsatz seit zwei Jahren. Ein Finanzexperte der Deutschen Bank betonte, dass die Investmentfirma wegen „Collateralized Debt Obligations“ Abschreibungen von 10 Milliarden Dollar (im Oktober noch 8,4 Milliarden Dollar) verbuchen müsste. Auch die Wall Street verlor das Vertrauen in die Finanzauskünfte von *Merrill Lynch*. Nach den immer weiter fallenden Aktienkursen stieg auch die Ungewissheit der Investoren über die Fähigkeit von *Merrill Lynch*, ihre Verluste in den Griff zu bekommen.⁹

Letztendlich wurde *Merrill Lynch* im September 2008 von der *Bank of America* für 50 Milliarden Dollar aufgekauft. Dadurch wurde die *Bank of America* ihrer eigenen Einschätzung nach das größte Brokerunternehmen der Welt, mit über 20.000 Beratern und 2,5 Billionen Dollar Kunden-vermögen.^{10,11}

Auch *Citigroup* war schon im Jahr 2007 von der Finanzkrise betroffen. Im Zusammenhang mit „Subprime mortgage investments“ musste sie Abschreibungsverluste in Höhe von 10 bis 13 Milliarden Dollar bekanntgeben.¹²

Die Abwärtsspirale auf den Finanzmärkten schien kein Ende zu nehmen. So versuchte man zunächst mit bisher bewährten Lenkungsinstrumenten der Rezession entgegenzuwirken. Die US-Notenbank Federal Reserve senkte in einem beispiellosen Tempo innerhalb eines Jahres ihren Zinssatz von 4,25% im Dezember 2007 auf 0,25% bis 0% im Dezember 2008. Damit war der Regulierungsspielraum der Notenbank in kürzester Zeit erschöpft und es zeigte wieder einmal mehr, dass man mit herkömmlichen Mitteln die Krise nicht bewältigen

⁸ http://www.brookings.edu/~media/Files/rc/papers/2008/11_origins_crisis_baily_litan/11_origins_crisis_baily_litan.pdf

⁹ “Big Drop in Merrill Stock On Hint of New Troubles”, The New York Times, 11/03/07, Landon Thomas Jr.

¹⁰ http://bankofamerica.mediaroom.com/index.php?s=press_releases&item=8255

¹¹ Die Bank of America erhielt im Rahmen des TARP-Programms staatliche Hilfen von mehreren Milliarden des zweiten Teil des Paulson Plan (\$118 Milliarden an troubled assets).

Vgl. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/01/15/AR2009011504253.html>

¹² “At Citigroup , a Favorite Emerges for the Top Job”, The New York Times, 12/01/07, Eric Dash

konnte. So schuf die Notenbank zusätzlich neue Instrumente, die es Finanzmarktteilnehmern ermöglichte, sich bei ihr mit geringeren Sicherheiten zu refinanzieren.

Die schon im Verlauf des Jahres 2008 absehbare Wirkungslosigkeit der Zinssenkung veranlasste die Federal Reserve dazu, direkten Einfluss auf den Finanzmarkt zu nehmen. Das drittgrößte Kreditunternehmen *JPMorgan* gab Mitte März bekannt, dass sie *Bear Stearns* übernehmen wollten. Die Notenbank sagte *JPMorgan* Sonderfinanzierungen zu und stimmte außerdem zu, *Bear Stearns* mit 30 Milliarden Dollar zur Sicherung ihrer Liquidität zu stützen.¹³ Viele Kritiker bewerteten diesen staatlichen Eingriff in die freie Marktwirtschaft als unangemessen. Zugleich mahnten viele Experten sofortiges Handeln an, um die unüberschaubaren Risiken einer globalen Finanzkrise abzuwenden. Diese Gratwanderung zwischen den Meinungen führte zunächst zu zaghaften Versuchen der Politik, die dringlichsten Probleme zu beseitigen und dabei immer noch auf die Selbstheilungskräfte des Marktes zu hoffen.

Der „Housing and Recovery Act of 2008“ ermöglichte dem Staat, die maximale Grenze der Staatsverschuldung von 9,815 Billionen Dollar auf 10,6 Billionen Dollar anzuheben. Dieser Gesetzesentwurf wurde am 24. Juli vom Kongress verabschiedet mit der Absicht, 400.000 Zwangsversteigerungen zu vermeiden. Sechs Tage später wurde die Vorlage von Präsident Bush unterschrieben.¹⁴ Indem man mit diesem Gesetz die staatliche Kontrolle verstärkte, sollte das Vertrauen in die Hypothekenfinanzierer *Fannie Mae* und *Freddie Mac* wieder hergestellt werden. Außerdem wurde den Instituten mit Kapital (bis zu 200 Milliarden Dollar) und dem Kauf von Aktien (bis zu 100 Milliarden Dollar) geholfen.¹⁵

Weiterhin sollte die staatliche Kontrolle über die "Federal Home Loan Banks"¹⁶ verstärkt werden. Das Finanzministerium wurde damit autorisiert, die zwei Unternehmen zu retten, die fast die Hälfte aller Hypotheken des Landes (ca. 12 Billionen Dollar) besitzen. Das Gesetz enthält auch Haftungen und Risiken für Steuerzahler, deren Umfang man nicht kalkulieren kann. Es sollte Staatshilfen für Schuldner bereitstellen, wie z.B. Steuerkürzungen für Immobilienbesitzer in Höhe von 15 Milliarden Dollar, und Kommunen mit fast 4 Milliarden Dollar bezuschussen, um Immobilien die zur Zwangsversteigerung aufgegeben wurden, zu

¹³ <http://www.msnbc.msn.com/id/23662433/>

¹⁴ Das Paket enthielt Steuerkürzungen von bis zu \$600 für Individuen, bis zu \$1200 für Paare. Familien erhielten \$300 pro Kind und der Plan sah mindestens \$300 für Individuen vor, die weniger als diesen Betrag ihrer Einkommenssteuer bezahlten. Vgl. <http://www.msnbc.msn.com/id/23143814/>

¹⁵ „Treasury takes over Fannie , Freddie - Massive bailout first step to restructuring“, The Washington Times, 09/08/08, Patrice Hill

¹⁶ « Das „Federal home loan banks“ System ist eine unabhängige Bundesbehörde, die aus 12 Bezirksbanken und deren Mitgliedsbanken besteht. das System emittiert schuldrechtliche Wertpapiere, durch die Kredite für bauparkassenähnliche Institute und andere Hypothekenkreditgeber bereitgestellt werden können.“
Vgl. http://books.google.de/books?id=F0tRr3U66GgC&pg=PA205&lpg=PA205&dq=federal+home+loan+banks&source=bl&ots=7nB1m1pF3&sig=eZJDq7EJ74SnqoMmzgbp2rn0kel&hl=de&ei=Sf6hSeOJKcH7tGfT6oyfDQ&sa=X&oi=book_result&resnum=3&ct=result

kaufen und zu renovieren.¹⁷ Kritiker betonten, dass durch diese staatlichen Eingriffe die Gewinne „privatisiert“, aber die Risiken und Verluste „sozialisiert“ würden.

Das Gesetz war besonders populär bei Banken und in der Bauindustrie. Auch Bush äußerte trotz seiner Zustimmung die Befürchtung, dass das Gesetz zu „overly socialistic“ sei. Obamas Reaktion auf Bushs Unterzeichnung des Gesetzes war jedoch positiv. Er betonte, dass man nicht länger mit weiteren Maßnahmen warten könne. Obama schlug ein zweites Rettungsprogramm vor, welches mindestens 50 Milliarden Dollar Zuschüsse für Familien, die mit hohen Erdgaspreisen zu kämpfen hätten, enthalten solle. Auch Bundesstaaten, die unter Haushaltskürzungen litten, sollten mit Staatshilfe unterstützt werden.¹⁸

Dann folgte der zweitgrößte Banken-Crash in der amerikanischen Geschichte seit 1984. Die Sparkassenaufsichtsbehörde („Office of Thrift Supervision“) schloss die *Indymac* Bank am 11. Juli 2008. *Indymac* wurde von der FDIC („Federal Deposit Insurance Corporation“) übernommen, einem Einlagensicherungsfonds der USA.¹⁹

Nachdem die Hypothekenbanken *Fannie Mae* und *Freddie Mac* im ersten Quartal des Jahres 2008 einen Verlust von 2,2 Milliarden Dollar bekannt gaben, war nach Expertenbefragungen der Kollaps des Kreditmarktes nicht mehr weit entfernt. Am 7. September übernahm die FHFA („Federal Housing Finance Agency“) die Aufsicht bei beiden „Government sponsored enterprises“. Andernfalls wäre es zu immensen Verlusten von amerikanischen, aber besonders auch von internationalen Kreditnehmern und Gläubigerbanken gekommen. Viele Experten beurteilten diesen Vorgang als möglichen Höhepunkt der Eingriffe von US-Behörden in die Subprime-Krise.

Am 15. September 2008 meldete die viertgrößte Investmentbank in Amerika *Lehman Brothers* den Konkurs an. Viele Finanzexperten glaubten damals noch, dass Lehmans Konkurs der Wirtschaft keinen großen Schaden zufügen könne. Auch Barack Obama war zu diesem Zeitpunkt gegen ein staatliches Eingreifen.²⁰

Schon zwei Tage später half die Federal Reserve in New York dem Versicherungskonzern *AIG (American International Group)* mit 85 Milliarden Dollar aus, um weiteren negativen Auswirkungen auf dem Börsenmarkt und einer Schwächung des Kreditystems entgegenzuwirken. Die Regierung hatte damit 79,9% der Anteile an *AIG* gekauft. Politiker waren sich einig, dass die Verstaatlichung des Konzerns nötig war, um weitere Konsequenzen auf die Wirtschaft zu vermeiden.²¹

David Roche vom *Wall Street Journal* sieht den Ursprung der Finanzkrise im tief verwurzelten Sozialverhalten der Amerikaner begründet. Der Konsum sei vorrangig, auch wenn man nicht fähig sei, diesen Konsum zu finanzieren. Weiterhin betont Roche, dass der Grund dieser Abwärts-spirale die riesige Liquidität der Banken sei, die unter Missachtung der

¹⁷ <http://www.nytimes.com/2008/07/31/business/31housing.html?partner=rssnyt>

¹⁸ http://realclearpolitics.blogs.time.com/2008/07/23/obama_statement_on_housing_bil/

¹⁹ http://74.125.113.132/search?q=cache:UIYvO_4XX88J:www.fdic.gov/news/news/press/2008/pr08056.html+indymac+press+release&hl=en&ct=clnk&cd=1&gl=us

²⁰ „Lehman Brothers readies for bankruptcy - Lack of a guarantee deters white knights“, *The Washington Times*, 08/15/08, Patrice Hill

²¹ „Fed lends \$85 billion to rescue AIG - Insurer hands over 79.9% stake, some control“, *The Washington Times*, 08/17/08, Patrice Hill

Sorgfaltsregeln diese Exzesse finanziert hätten. Die Lösung des Problems liege in den sogenannten „Bad Banks“, Abwicklungsbanken, die notleidende Kredite aufnehmen und abwickeln.²² Eine „Good Bank“ versucht durch die Abgabe der faulen Kredite zu solchen Bad Banks von Risikokosten der Forderungen entlastet zu werden. „Good Bad Banks“ können Banken auffordern, die insolventen Kredite wieder vom Staat zu finanzieren, zu nationalisieren oder zu liquidieren. Man kann eine Bad Bank aber auch dazu nutzen, faule Kredite mit inflationären Werten zu kaufen, so dass die „Good Banks“ dann wieder Kredite gewähren können. Wenn dies der Fall ist, wird aus der Bad Bank eine „Bad Bad Bank“. Wenn man weiterhin die „Bad Bad Bank“ Methode wählt, bleibt das Finanzsystem weiter korrupt.²³

Der Paulson Plan

Der damalige Finanzminister Henry Paulson präsentierte am 19. September 2008 ein Rettungsprogramm, welches dem Finanzministerium 700 Milliarden Dollar zur Verfügung stellen sollte. Diese Gelder sollten zum Kauf von schädlichen Vermögenswerten („toxic assets“) genutzt werden und für einen Geldfluss in die Banken sorgen. Dieser Plan sollte die Liquidität der Banken sichern und die Wirtschaft wieder stabilisieren. Das Gesetz sah weitere Maßnahmen vor:

- Wohneigentumserhaltung: Faule Kredite werden vom Finanzministerium und anderen Bundesämtern modifiziert und das „HOPE for Homeowner“ Programm wird erweitert.
- Schutz für Steuerzahler: Unternehmen, die der Regierung faule Kredite verkaufen, müssen gewährleisten, dass Steuerzahler von möglichen Gewinnen der Firmen in der Zukunft profitieren.
- Führungskräfte: Um an diesem Programm teilnehmen zu können, werden Firmen Steuerbegünstigungen verlieren und in einigen Fällen müssen Firmen die Managerbezahlung verringern. Hinzu kommt, dass unverdiente Boni zurückgezahlt werden müssen.
- Strengere Aufsicht: Das Finanzministerium erhält sofort 250 Milliarden Dollar. Für weitere Gelder muss der Präsident bestätigen, dass diese auch nötig sind. Das Finanzministerium muss über den Gebrauch der Finanzmittel und den Fortschritt bei der Finanzkrise berichten. Ein „Oversight Board“ wird der zusätzlichen Aufsicht dienen.

Am 29. September stimmte das Abgeordnetenhaus mit 228 zu 205 Stimmen gegen die Gesetzesvorlage. Zwei Drittel der Republikaner und 40% der Demokraten unterstützten den Plan nicht.²⁴ Die Republikaner kritisierten, dass das staatliche Eingreifen in die Privatwirtschaft inakzeptabel sei und dass die Steuerzahler für die Fehler der Wall Street aufkommen müssten. Am selben Tag fiel der Dow Jones um 777,68 Punkte und übertraf

²² Vgl. Zweckgesellschaften - siehe oben

²³ <http://online.wsj.com/article/SB123258594265704581.html>

²⁴ <http://www.msnbc.msn.com/id/26884523/>

damit den Kursverlust an der Wall Street von 721 Punkten, einen Tag nach dem Terroranschlag am 11. September 2001.²⁵

Der Senat hingegen verabschiedete das Rettungspaket 2 Tage später (74 zu 25 Stimmen), nachdem der Gesetzesentwurf modifiziert worden war. Am 3. Oktober folgte dann auch das Abgeordnetenhaus mit 263 zu 171 Stimmen. Mit der Unterschrift von Präsident Bush trat das Gesetz dann am gleichen Tag in Kraft.²⁶

Obwohl sich der Rettungsplan im Rahmen des „Troubled Assets Relief Program“ (TARP)-Programm auf den Kauf von „troubled mortgage-related assets“ („faule“ Kredite) konzentrierte, wurde es auch für den Kauf von Vorzugsaktien genutzt, um Kapital in die Banken fließen zu lassen. Neun Finanzinstitute haben unter dem „Capital Purchase Plan“ (CPP), der am 14. Oktober 2008 vom Finanzministerium bekannt gegeben wurde, 125 Milliarden Dollar an Kapital erhalten; weitere 125 Milliarden Dollar erhielt der Rest des Bankensystems. Auch US-Autohersteller und eine Kreditsanierungsstelle der Federal Reserve wurden mit Finanzspritzen aus dem TARP-Programms gestützt. Insgesamt wurden dem TARP-Programm 350 Milliarden Dollar, die allerdings nicht in voller Höhe ausgegeben wurden, zur Verfügung gestellt.²⁷

Obamas Rettungspaket

Präsident Obama betonte schon vor seiner Amtseinführung in seiner Rede vom 8. Januar 2009, dass nur die Regierung den Teufelskreis der globalen Finanzkrise durchbrechen könne. Er warnte auch schon damals davor, dass die Kosten eines neuen Konjunkturplans beträchtlich sein würden. Auch erkannte er, dass die „wahre“ Prüfung des Pakets darin läge, ob in der Realität Arbeitsplätze geschaffen und das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden könne und nicht darin, ob Demokratische oder Republikanische Ideen verwirklicht würden.²⁸

Das Programm, das Obama in seiner Rede vorstellte, sollte drei Millionen Arbeitsplätze verteilt über die nächsten Jahre schaffen. Man würde in alternative Energien investieren, sowie in das Bildungssystem, Gesundheitssystem und in die Infrastruktur. Zudem betonte Obama die private Steuerkürzung von 1000 Dollar für 95% aller mittelständischen Familien.²⁹ Weiterhin enthielt der Plan folgende Ansätze zur dauerhaften Bewältigung der Krise:

- Verdoppelung der Produktion von alternativen Energien in den nächsten drei Jahren
- Modernisierung von 75% der nationalen Gebäude und Verbesserung der Energieeffizienz von 2 Millionen amerikanischer Eigenheime – Konsumenten und Steuerzahler werden somit mehrere Milliarden Energiekosten einsparen

²⁵ <http://www.cbsnews.com/stories/2008/09/29/national/main4485321.shtml>

²⁶ Der Senat stimmte am 15. Januar 2009 für die Bewilligung des zweiten Teils des Rettungspakets (\$350 Milliarden). Vgl. <http://www.washingtonpost.com/wpdyn/content/article/2009/01/15/AR2009011504253.html>

²⁷ http://assets.opencrs.com/rpts/RS22963_20090129.pdf page 6

²⁸ <http://www.ft.com/cms/s/0/58ee3966-dd9d-11dd-930e-000077b07658.html>

²⁹ <http://www.ft.com/cms/s/0/58ee3966-dd9d-11dd-930e-000077b07658.html>

- Digitalisierung aller medizinischer Akten innerhalb der nächsten 5 Jahre
- Ausstattung zehntausender Schulen und Universitäten mit neuen Klassenzimmern, Bibliotheken und Laboren
- Erweiterung der Breitband-Internet Versorgung, um die Wettbewerbsnachteile von kleinen Unternehmen in ländlichen und unterversorgten Gebieten zu verringern
- Investition in Wissenschaft, Forschung und Technologie zur Förderung von Industrie und zur Standortsicherung

American Recovery and Reinvestment Bill

Nachdem Obama das Rettungspaket auf 675 bis 775 Milliarden Dollar schätzte,³⁰ präsentierten die Demokraten im Abgeordnetenhaus im Januar einen zur Verbesserung der politischen Durchsetzbarkeit modifizierten Rettungsplan von 825 Milliarden Dollar („American Recovery and Reinvestment Bill“), wobei 37 Milliarden Dollar in drei verschiedene Hightech-Sektoren fließen sollten: 20 Milliarden Dollar für die Digitalisierung von Krankenakten, 11 Milliarden Dollar für die Verbesserung von elektrischen Netzwerken und 6 Milliarden Dollar für die Verbesserung des Internetzugangs in ländlichen und unterversorgten Gebieten.³¹

Weiterhin enthält die Gesetzesvorlage 90 Milliarden Dollar für die Modernisierung von Brücken, Straßen, Wasserwegen und Nahverkehr und 140 Milliarden Dollar für Staaten und Kommunen zur Modernisierung von Schulen. Auch sollen Menschen, die unter der Finanzkrise besonders leiden, vom zweiten Rettungspaket profitieren. Das „Unemployment Benefits Program“ soll mit 27 Milliarden Dollar erweitert werden, wobei die Arbeitslosenhilfe um 9 Milliarden Dollar erhöht werden soll.³² Weitere 30,3 Milliarden Dollar sollen in das „Cobra Health Insurance Coverage“ fließen, damit Arbeitemehmer ihre Krankenversicherung auch noch nach dem Verlust ihrer Arbeitsstelle noch halten können.³³ Auch das „Making Work Pay Credit“-Programm (Steuergutschriften), für das Obama schon in seiner Kampagne geworben hatte, ist im Paket enthalten. Das Programm sieht Steuerkürzungen von 500 Dollar für Alleinstehende und 1000 Dollar für Familien aus dem Mittelstand und einkommensschwachen Schichten vor.

Dieser Plan rief Skepsis bei den Republikanern hervor, aber auch bei den Teilen der Demokraten. Diese forderten mehr Staatsausgaben auf dem Gebiet der Infrastruktur und Arbeitsplatzschaffung. Die Republikaner waren der Meinung, dass das Paket mehr Steuerkürzungen beinhalten müsse und klagten über die hohen Kosten des Pakets.³⁴ Auch gemäßigte Republikanische Abgeordnete zeigten keine Unterstützung. Zum Beispiel betonte der Republikaner Mark Kirk, dass man auch mit einer überschaubaren Geldmenge (er schlug

³⁰ http://www.economist.com/world/unitedstates/displaystory.cfm?story_id=12903453

³¹ http://www.nytimes.com/2009/01/26/technology/26techjobs.html?_r=1&ref=todayspaper

³² Zurzeit erhalten Arbeitslose \$300 pro Woche. Die Gesetzesvorlage sieht eine Erhöhung von \$25 pro Woche vor. Vgl. http://money.cnn.com/2009/01/15/news/economy/house_stimulus_bill/

³³ http://money.cnn.com/2009/01/15/news/economy/house_stimulus_bill/

³⁴ http://www.nytimes.com/2009/01/09/us/politics/09obama.html?_r=1&scp=7&sq=stimulus%20package&st=cse

65 Milliarden Dollar vor), Arbeitsplätze schaffen könne und dass viele der Elemente des Pakets von Obama verschwenderisch und wirkungslos für die Ankurbelung der Wirtschaft seien.³⁵ Auch andere gemäßigte Republikaner fanden die Summen unnötig hoch, wie z.B. der Abgeordnete Peter King (New York) und der Präsident des *Republican National Committee* Pete Sessions (Texas).

Im Senat verfügen die Demokraten zwar über eine Mehrheit mit 58 zu 41 Stimmen, aber 60 Stimmen sind nötig, um die Blockade eines Votums zu verhindern („filibuster“). Um die nötigen Stimmen für das Konjunkturprogramm im Senat zu gewinnen, startete die Interessengruppe *Americans United for Change* eine 1 Million Dollar teure Lobby-Kampagne, um die Republikaner zu einer Unterstützung zu bewegen.³⁶

Die Sprecherin des Abgeordnetenhauses, Nancy Pelosi, betonte deutlich, dass nicht alle Interessen des Hauses in der neuen Regierung vertreten sind.³⁷ Zum Beispiel wurde Obamas Vorschlag einer Steuergutschrift für jeden Arbeitgeber bei Neueinstellung („\$3.000-per-hire“) nicht in den Plan mit einbezogen. Demokraten beider Kammern waren gegen diesen Vorschlag.³⁸

Nachdem zu erkennen war, dass aufkommende Parteilichkeit die Durchsetzbarkeit des Pakets verhindern könnte, traf sich Präsident Obama als Ausdruck des neuen Politikstils mit Republikanischen Abgeordneten, um für das Paket zu werben. Viele waren sich darüber einig, dass das Paket zu viele „earmarks“³⁹ enthielt. Der Republikaner Steven LaTourette (Ohio) meinte folgerichtig, die Anzahl solcher „earmarks“ müsse reduziert werden und Roy Blunt (Missouri) betonte, dass Obama den Republikanern entweder beim Umfang solcher „earmarks“ oder bei den Steuerkürzungen entgegenkommen müsse.⁴⁰

Obamas Versuch, Überparteilichkeit durch dieses Treffen zu erreichen, war nicht, wie auf den ersten Blick vermuten ließ, erfolglos. Die Republikaner lobten Obamas Entgegenkommen und der Republikanische Senator John Thune betonte, dass Obama gute Ansätze gezeigt habe, den Republikanern entgegenzukommen. Allerdings wurde weiter kritisiert, dass die Demokraten die Republikaner nicht im gewünschten Ausmaß in den Plan mit einbeziehen würden und dass die Ausgaben zu hoch und die Steuerkürzungen zu niedrig seien.⁴¹

Erster Schritt: Das Paket wird vom Abgeordnetenhaus verabschiedet

Acht Tage nach Obamas Amtseinführung, stimmte das Abgeordnetenhaus mit 244 zu 177 Stimmen für das 819 Milliarden Dollar schwere Konjunkturpaket. Kein Republikaner stimmte dafür und auch elf Demokraten stimmten gegen den Rettungsplan. Präsident Obama betonte

³⁵ <http://www.politico.com/news/stories/0109/17932.html>

³⁶ <http://www.politico.com/news/stories/0109/17932.html>

³⁷ <http://www.politico.com/news/stories/0109/17650.html>

³⁸ http://money.cnn.com/2009/01/15/news/economy/house_stimulus_bill/

³⁹ Dies ist eine Zuteilung von Geldern für bestimmte Organisationen und Gruppen. Dabei sind Abgeordnete darauf bedacht, diese Gelder Projekten in ihren Wahlbezirken zukommen zulassen.

⁴⁰ <http://thehill.com/leading-the-news/high-noon-for-stimulus-2009-01-26.html>

⁴¹ http://thehill.com/leading-the-news/praise-for-obama-not-votes-2009-01-27_2.html

daraufhin noch einmal, dass der Kongress sich nicht zu lange Zeit lassen sollte, eine Einigung über den Rettungsplan zu erzielen und dass Parteieninteresse die beabsichtigte Ankurbelung der Wirtschaft nicht verhindern dürfe.⁴²

Dreizehn Tage nachdem das Abgeordnetenhaus das Paket verabschiedet hatte, diskutierte der Senat eine modifizierte Version, welche 888 Milliarden Dollar für Steuerkürzungen und Staatsausgaben vorsah. Die Obama-Regierung drängte den Senat allerdings darauf, die Kosten für das Paket nicht über 900 Milliarden Dollar zu treiben. Er versuchte, durch höhere Infrastrukturausgaben und Fördermittel für das Bildungswesen, sowie durch Ausweitung sozialstaatlicher Maßnahmen Republikanische Stimmen zu gewinnen. Die Zweifel der Republikaner an der Wirksamkeit des Pakets machte stellvertretend der Republikanische Senator Mitch McConnell deutlich, indem er erklärte, dass man das Problem an der Wurzel anpacken müsse, und die Wurzel des Problems sei der Immobilienmarkt.⁴³

Die nächste Hürde lag in der Überzeugung des Senats. Obama suchte zwar das Gespräch mit John McCain, konnte ihn aber nicht dazu bewegen, das Paket zu unterstützen. Dessen eigener Vorschlag sah ein Paket mit nur 421 Milliarden Dollar vor, wobei 70% davon für Steuerkürzungen ausgegeben werden sollten. Ein weiteres Hindernis für die Verabschiedung der Gesetzesvorlage entwickelte sich aus den Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Demokratischen Senator Ben Nelson und der Republikanischen Senatorin Susan Collins. Beide waren sich uneins über aus ihrer Sicht notwendige Ausgabenkürzungen. Ben Nelson betonte, dass das Paket um mindestens 50 Milliarden Dollar gekürzt werden müsse.⁴⁴ Collins sprach sich für noch stärkere Geldkürzungen aus.

Präsident Obama drängte die Demokraten im Senat dazu, Ausgabenkürzungen zu erlauben, um die Republikanische Unterstützung zu erhalten; schließlich zähle jede Stimme. Als sich dann herausstellte, dass sich der Senat nicht so schnell einigen würde wie Obama hoffte, nannte der Präsident die Verzögerung des Pakets öffentlich als „unentschuldig und unverantwortlich“.⁴⁵ Auch seitens der linken Kolumnisten kam es zur heftigen Kritik: Die Demokraten hätten die Kontrolle über die Debatte des Konjunkturpakets verloren und würden den Republikanern nicht genügend Paroli bieten, meinte Steve Benen vom *Washington Monthly*.

Zweiter Schritt: Obamas Taktik und die Zustimmung des Senats

Obama hielt zwei Reden in Fairfax, Virginia und am nachfolgenden Tag in Fort Myers, Florida, um die Kritik der Republikaner abzuwehren und auch deshalb, um mit der Zustimmung der Öffentlichkeit den Druck auf die unentschlossenen Abgeordneten zu erhöhen. In seiner Rede am 5. Februar in Virginia betonte Obama, dass er die Republikanische Ansicht nicht teile, die enormen Staatsausgaben auch noch mit Steuerkürzungen zu begleiten. Weiterhin meinte er, dass man nicht zu der Politik der letzten

⁴² http://www.nytimes.com/2009/01/29/us/politics/29obama.html?_r=2&ref=todayspaper

⁴³ http://www.politico.com/news/stories/0209/18331_Page2.html

⁴⁴ <http://www.politico.com/news/stories/0209/18440.html>

⁴⁵ http://news.yahoo.com/s/ap/20090206/ap_on_go_pr_wh/obama_economy;_ylt=AnJu52Zh_D9pUwHFv_F2NPoD5gcF

acht Jahren zurückkehren sollte, in der sich die Staatsschulden verdoppelt hätten.⁴⁶ Der zweite taktisch kluge Schachzug waren Obamas Einladungen der vier Senatoren ins Weiße Haus, deren Stimme er für sein Konjunkturpaket brauchte. Der Demokrat Ben Nelson und die Republikaner Susan Collins, Olympia Snowe und Arlen Specter trafen den Präsidenten im Einzelgespräch, um über das Paket in ungewohnt staatstragender Atmosphäre zu diskutieren. Der Erfolg sollte ihm Recht geben.

Am 10. Februar stimmte der Senat für das knapp 838 Milliarden Dollar Rettungspaket mit denkbar knapper Mehrheit von 61 zu 36 Stimmen. Dabei waren Snowe und Collins die entscheidenden Stimmen bei der Verabschiedung des Pakets im Senat. Die Republikaner waren empört über die Abweichler aus den eigenen Reihen. Senator Richard Burr betonte, dass es keine alltägliche Abstimmung gewesen sei, es sei eine enorme politische Verpflichtung und eine schwierige Gewissensentscheidung für jeden Einzelnen gewesen. Andere Republikaner nannten es eine Enttäuschung, dass Collins eine führende Rolle in der Auseinandersetzung mit den Demokraten gespielt hätte.⁴⁷

Timothy Geithners „Finanzstabilitätsplan“

Der US-Finanzminister Timothy Geithner präsentierte am 10. Februar einen Drei-Punkte-Plan, der bis zu 2,5 Billionen Dollar für die Rettung des Bankensystems vorsah. Als erstes schlug Geithner vor, dass Finanzinstitute weiterhin Kapitalspritzen, aber unter strengeren Auflagen, erhalten sollten. Dabei sollte die Transparenz auf den Bilanzkonten und Risikobewertung in der Bilanzierung verbessert werden. Im zweiten Punkt des „Plan für Finanzstabilität“ forderte er, dass die „faulen“ Wertpapiere in Fonds („Private-Public Investment Fund“) abgelegt werden sollen (wie in einer „Bad Bank“), die vom Staat und auch von Privatinvestoren getragen werden. Als letztes betonte Geithner, dass das Programm 1 Billion Dollar an Finanzvolumen für Kredite zur Verfügung stellen sollte („Consumer and Business Lending Initiative“).⁴⁸ Sein Vorgänger Henry Paulson dachte zunächst daran, die 700 Milliarden Dollar des Rettungspaketes zu nutzen, um den Banken die schlechten Wertpapiere abzukaufen, war aber dann der Meinung, dass man mit Kapitalspritzen mehr Erfolg erzielen könne, da das Einschätzen des Wertes der Papiere zu schwierig wäre.

Geithners Plan rief starke Kritik hervor. Kolumnist Andy Kessler vom *Wall Street Journal* kritisierte, dass der Plan zu vage sei und keine konkreten Handlungsstrategien enthalte. Auch hätte Wall Street negativ mit einem Rückgang des Aktienindex von 4,6 % auf den Vorschlag reagiert (der Dow Jones-Index verlor 382 Punkte). Vor allem betonte Kessler, dass Geithners Aussage die „vollen Ressourcen“ der Regierung zu nutzen, um Hypothekenzahlungen und Zinssätze zu reduzieren, nicht genug ins Detail gegangen sei. Er erwähnte weiter, dass die 1 Billion Dollar marktverzerrend seien und man nicht genau wüsste, wer diese Kredite bekäme.⁴⁹ Christopher Whalen, Managing Director des *Institutional Risk Analytics* kritisierte, dass das eigentliche Problem in dem Mangel an Fördermitteln liege, die

⁴⁶ http://www.politico.com/news/stories/0209/18482_Page2.html

⁴⁷ http://www.nytimes.com/2009/02/11/us/politics/11cong.html?_r=2&ref=todayspaper

⁴⁸ <http://www.treasury.gov/press/releases/tg18.htm>

⁴⁹ <http://online.wsj.com/article/SB123431465155370931.html>

geschädigten Banken zu refinanzieren. Das Finanzministerium würde über 320 Milliarden Dollar im Rahmen des TARP-Programms verfügen, aber die Regierung wolle beim Kongress nicht weitere Gelder anfragen.⁵⁰

Timothy Geithner wehrte die Kritik ab, indem er betonte, dass er das Verlangen nach Details in seinem Plan eher als Enttäuschung der Finanzwelt darüber verstehe, strategische Hinweise für einen vom Staat nicht gewollten selbstsüchtigen Umgang mit den angebotenen Finanzhilfen nicht erhalten zu haben; schließlich habe man gegenüber dem Steuerzahler eine große Verantwortung. Die Erklärung von Regierungsmitgliedern und Abgeordneten war, dass nach zwei Wochen Amtszeit Geithners Wirtschaftsteam noch nicht vollständig besetzt sei.⁵¹

Simon Johnson, Professor am *Massachusetts Institute of Technology* und ehemaliger Ökonom beim *International Monetary Fund* kritisierte die strengeren Auflagen für Kapitalspritzen für Finanzinstitute, so wie sie in Geithners Plan vorgeschlagen werden. Anstelle eines härteren Umgangs solle man lieber kooperieren, denn schließlich wolle man den Bankensektor nicht verärgern.⁵²

Dritter Schritt: Der Kongress einigt sich

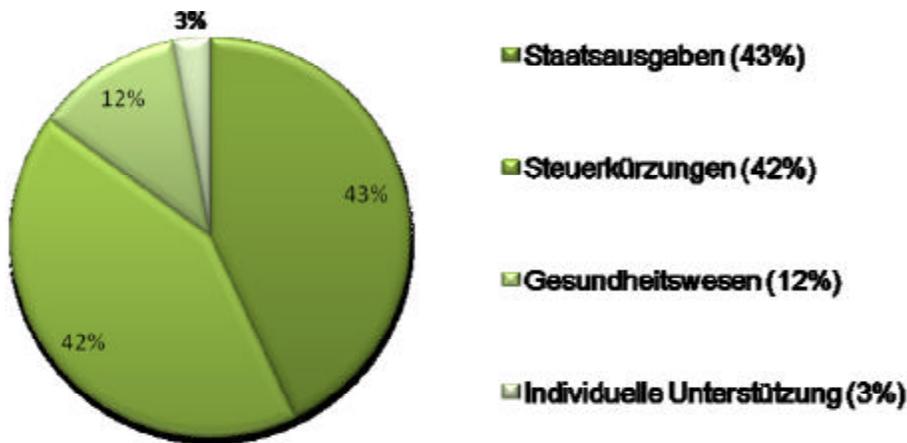
Am 11. Februar 2009 kamen der Senat und das Abgeordnetenhaus mit dem "American Recovery and Reinvestment Act of 2009" zu einer Einigung. Der Mehrheitsführer der Demokraten im Senat Harry Reid nannte das Verabschieden von Gesetzen „die Kunst Kompromisse einzugehen“. Man verständigte sich auf einen Mittelweg zwischen den zwei Versionen beider Kammern, ein 787 Milliarden Dollar Konjunkturpaket. Diese Version enthält Staatsausgaben und Steuerkürzungen, wie z.B. Obamas Vorschlag für Steuerkürzungen der Mittelklasse, wobei Alleinstehenden bis zu 400 Dollar und Familien bis zu 800 Dollar zugebilligt werden können. Zudem sieht das Konjunkturpaket Gelder für das Gesundheitswesen und individuelle Unterstützung vor.

⁵⁰ <http://money.cnn.com/2009/02/10/news/geithner.questions.fortune/index.htm>

⁵¹ <http://www.nytimes.com/2009/02/12/us/politics/12bailout.html>

⁵² <http://www.nytimes.com/2009/02/12/us/politics/12bailout.html>

Im Detail ergeben sich folgende Ausgaben und Steuerkürzungen.⁵³



Staatssonderausgaben	Million \$
Arbeit, Gesundheit, Bildung, Sozialwesen	72.564
Transport-, Wohnungswesen	61.795
Bundesstaatshilfen	53.600
Umwelt, Energie	50.825
Landwirtschaft, Nahrungsmittel	26.466
Handel, Wissenschaft, Justiz	15.920
Randgebiete, Indianerreservate, Kunst	10.950
US-Regierung	6.858
Verteidigung	4.555
Militär & Veteranen	4.281
Heimatschutz	2.755
Außenministerium	602
Steuererleichterungen	143
Aufsicht der Geldausgabe	25
Ausgaben gesamt	311.339

⁵³ <http://online.wsj.com/article/SB123458384689487271.html>

Steuerkürzungen	Million \$	
Individuelle Steuerkürzungen	232.426	
Energie	19.963	
Infrastruktur	19.638	
Individuelle Unterstützung	14.443	
Wirtschaft	6.501	
Unternehmen	6.150	
Fertigungsindustrie	1.850	
Andere	164	
Steuerkürzungen gesamt	301.135	

Reaktionen auf das Paket

Das Endresultat stellte nach den harten politischen Auseinandersetzungen verständlicherweise nicht alle zufrieden. Der Demokratische Senator Tom Harkin kritisierte, dass die Gesetzgeber die Ausgaben bei Bildung, Gesundheitswesen und Schulaufbau zu viel gekürzt und mehr Gelder für Steuererleichterungen bereitgestellt hätten. Aber besonders sei er über die Ausgabe für die „Alternative Minimum Tax“ (AMT)⁵⁴ frustriert, die 9% des ganzen Pakets ausmachen würde. Diese Steuer hätte keinen Effekt auf die schnelle Ankurbelung der Wirtschaft, kritisierte er weiter. Auch Mitch McConnell, der Republikanische Senator betonte, dass die amerikanische Bevölkerung sich fragen würde, wie das Land diese Unsummen bezahlen könne. Charles E. Grassley betonte, dass die Republikaner in die Diskussion über das Rettungspaket nicht ausreichend mit einbezogen worden wären. Sie hätten keine Gelegenheit gehabt, konstruktive Gespräche und Verhandlungen zu führen, meinte er weiter.⁵⁵

Viele Experten warnten noch vor der Verabschiedung des Pakets vor einer weiteren Staatsverschuldung. Der konservative Stephen Moore vom *Wall Street Journal* prognostiziert eine weitere Destabilisierung des Systems. Er betonte, dass die Steuern auch ohne den Einfluss des Kongresses weiter steigen würden und es letztendlich zu einer unkontrollierbaren Inflation kommen würde. Obamas Lösung, das Geld einfach „hinauszuwerfen“ hätte langzeitige Konsequenzen für die Wirtschaft.⁵⁶ Die Gefahr von Fehlentscheidungen durch den Druck, ein Rettungspaket so schnell wie möglich zu verabschieden, wurde auch durch Wirtschaftsexperten bestätigt. Laut einer Umfrage der *National Association der Business*

⁵⁴ Diese Steuer ist Teil des nationalen Einkommenssteuersystems. Es soll die Anwendungsmöglichkeit für Steuerschlupflöcher verringern. Bei der Berechnung des Einkommens hat an bei der AMT weniger Absetzmöglichkeiten.

⁵⁵ http://www.nytimes.com/2009/02/12/us/politics/12stimulus.html?_r=1&hp=&pagewanted=print

⁵⁶ „The End of Prosperity – How higher taxes will doom the economy“ Heritage Foundation, Event, 02/09/09

Economists, werden in diesem Jahr Unternehmen mehr Arbeiter entlassen und mehr Geldreserven in den nächsten zwölf Monaten angelegt werden.

Weiterhin glaubt die Mehrheit der befragten Wirtschaftsexperten, dass das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr weiter sinken wird.⁵⁷ Laut einer monatlichen *Bloomberg News* Umfrage, wird das Konjunkturprogramm der Obama-Regierung nicht effektiv genug sein, um den größten Wirtschaftsrückgang seit 1946 zu verhindern. Wirtschaftsexperten prognostizieren, dass die Arbeitslosenrate 8% überschreiten wird, obwohl sich Präsident Obama zum Ziel gesetzt hat, 3,5 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Bruttosozialprodukt wird um weitere 5% in den ersten drei Monaten dieses Jahres sinken und der Leitzins der Federal Reserve wird erst im nächsten Jahr um 0,5% ansteigen und um 1% im Jahre 2011.⁵⁸ Nach Ansichten der Experten wird die größte Auswirkung des Pakets Ende 2009 und Anfang 2010 erkennbar sein.

Schlussbemerkung

Die nächsten Wochen und Monate werden zeigen, ob US-Präsident Obama wirksame Ansätze zur Bewältigung der Finanzkrise gefunden hat. Sicherlich beneidet ihn keiner um diese Herausforderung und sicherlich sind es auch die denkbar schlechtesten Voraussetzungen für ihn, um das Programm zu verwirklichen, für das ihm seine Wähler ihre Stimme gegeben haben. Einige Kommentare zum Konjunkturpaket deuten jetzt schon die weitere harte politische Auseinandersetzung um den richtigen Weg aus der Krise an. Hier einige ausgewählte Beispiele:

Alice Rivlin, die frühere stellvertretende Notenbankchefin (1996-1999) und Wirtschaftsexpertin unter Bill Clinton sieht keine Alternative zum Kapitalismus, um eine Marktwirtschaft so zu organisieren, dass ein hoher Lebensstandard erreicht werden kann. Sie betonte, dass man aber die Struktur des Finanzsystems ändern und die innovativen und komplexen Produkte der Wall Street ständig kontrollieren müsse. Denn wenn ein durchschnittlicher Student diese Produkte nicht verstehe, sollte man sie nicht verkaufen. Banker müssten auch die Fremdkapitalaufnahme (Leverage) kontrollieren, verantwortlicher mit fremden Geldern umgehen und die Risiken tragen. Sie sieht eine Gefahr darin, dass die Bevölkerung jetzt ihr Geld eher spare als ausbebe. Sie verglich in dieser Prognose das Verhalten der Bevölkerung mit der Generation der Großen Depression (1929) und das der darauf folgenden Generation, die ihr Geld, aus Angst es zu verlieren, gespart hätten.

Douglas Holtz-Eakin, ehemaliger Wirtschaftsberater unter George W. Bush und auch für John McCain kritisierte die zögerliche Vorgehensweise der Regierung in dieser Finanzkrise. Er bemerkte, man müsse aggressiver vorgehen und solche „Zombie banks“ (Schattenbanken) pfänden. Die Regierung hätte sich zu sehr auf die Erhaltung dieser Banken konzentriert. Er betonte die Gefahr, dass die US-Notenbank zu viel Verantwortung zu tragen hat und sich somit nicht mehr auf ihr Kerngeschäft konzentrieren könne. Die Notenbank hätte schon ihren Autoritätsbereich zu sehr ausgedehnt.

⁵⁷ http://money.cnn.com/2009/01/26/news/economy/nabe_survey/index.htm

⁵⁸ <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=20601103&sid=av20gzVUTXmg&refer=us>

Martin Baily, Chef-Wirtschaftsberater unter Clinton, befürchtet, dass auch der Rest der Wirtschaft das Finanzsystem weiter destabilisieren wird. Man müsse die Verluste ausgleichen, um die Banken zu rekapitalisieren und Finanzspritzen wären hierzu der richtige Schritt gewesen. Er kritisierte die Politikdebatte, die es schwieriger mache, das Finanzsystem zu retten. Stattdessen müsse man die Bevölkerung über die Probleme aufklären, und dazu würde auch gehören, was sie an Steuern wirklich bezahlen müssten.

Die politische Mehrheit wünscht sich sicherlich, dass die Krise mit möglichst wenig Systemkorrektur bewältigt werden kann. Doch eines ist ebenso sicher: die in der Vergangenheit erprobten Mittel werden nicht ausreichend wirksam sein und ein Protektionismus würde die Notwendigkeit gemeinsamen Handels der G20-Länder torpedieren. Die Politiker sind aufgefordert, Zeichen der Vertrauensbildung zu setzen, nicht nur ihren Wählern gegenüber sondern auch untereinander weltweit. Nichts Geringeres steht auf dem Spiel als die Destabilisierung der Weltordnung.